

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Knut Mellenthin

29.11.2020

Washington: Biden stellt erste Regierungsmitglieder vor. Alles alte Bekannte, Israel zufrieden

»Die Welt führen«: Anspruch des gewählten US-Präsidenten Joseph Biden (Wilmington, 25. November)

Diese Staatsdiener sind »ein Team, das die Tatsache widerspiegelt, dass Amerika wieder da ist. **Bereit, die Welt zu führen**, statt sich von ihr zurückzuziehen«, – mit diesen Worten stellte der gewählte 46. Präsident der USA, Joseph Biden, am Montag die ersten Mitglieder seiner Regierung vor. Die meisten benötigen vor ihrer offiziellen Ernennung die Zustimmung des Senats. Da in Georgia über zwei Mandate erst in einer Nachwahl Anfang Januar 2021 entschieden wird, ist noch nicht sicher, ob die Republikaner ihre knappe Mehrheit im Senat behalten. Ernsthafte Schwierigkeiten für Bidens Kandidaten sind aber, unabhängig vom Ausgang dieser Wahl, nicht zu erwarten.

Der Nationale Sicherheitsberater des Präsidenten muss sich grundsätzlich nicht dem Votum des Senats stellen. Biden wird diesen Posten nach seiner Vereidigung am 20. Januar 2021 mit Jacob Sullivan besetzen. Der 44-jährige ist einer der Jüngsten, die dieses strategische Schlüsselamt in den vergangenen Jahrzehnten innehatten. Trotzdem bringt Sullivan eine Menge Erfahrung im Regierungsapparat und in der internationalen Politik mit. Er war einer von Hillary Clintons wichtigsten Beratern, als sie während Barack Obamas erster Amtszeit von Januar 2009 bis Januar 2013 Außenministerin war. Anschließend wurde er von Februar 2013 bis Ende Juli 2014 Nationaler Sicherheitsberater des damaligen Vizepräsidenten Biden.

Sullivan war 2012 und 2013 maßgeblich an den in Oman geführten Geheimgesprächen zwischen den USA und dem Iran beteiligt, die einige Monate später zu offiziellen Verhandlungen und schließlich im Juli 2015 zum Wiener Abkommen führten. Sullivan gilt als »Verbündeter Israels«, aber als Gegner von Premierminister Benjamin Netanjahu und dessen Politik.

Hohes Ansehen genießt in Israel der 58jährige Antony Blinken, der von Biden für das Amt des Außenministers nominiert ist. Er hat nicht nur »jüdische Wurzeln«, sondern ist auch selbst praktizierender Jude. Blinken war während der Obama-Jahre stellvertretender Nationaler Sicherheitsberater von 2013 bis 2015 und anschließend bis 2017 stellvertretender Außenminister. In dieser Zeit setzte er sich für ein »robusteres Eingreifen« in Syrien und in Libyen ein.

Der ehemalige Botschafter Israels in den USA, Michael Oren, bezeichnete Blinken in einem der ersten Kommentare als »großartigen Diplomaten und wahren Freund Israels«. Er könne sich »keine bessere Wahl« für diesen Posten vorstellen. Der frühere Generaldirektor des israelischen Außenministeriums, Dore Gold, der Blinken 2016 in Washington traf, nennt ihn »einen wirklich guten Burschen«, bei dem »keinerlei israelfeindlicher Unterton« zu erkennen sei. Im Gegensatz dazu seien manch andere Mitarbeiter der Obama-Administration »wirklich schwierig« gewesen.

Wenige Tage vor der Präsidentenwahl hatte sich Blinken in einem Interview mit der Tageszeitung Times of Israel skeptisch über die von Donald Trump vereinbarten riesigen Waffenverkäufe an die Staaten der arabischen Halbinsel und insbesondere über die geplante Lieferung von »F-35«-Kampfflugzeugen an die Vereinigten Arabischen Emirate geäußert. Biden werde auf dieses Vorhaben »einen scharfen Blick werfen«. Auf jeden Fall müsse Israels »militärischer Vorsprung« erhalten bleiben, den die USA garantierten.

Als weitere Mitglieder seines Regierungsteams stellte Biden die Berufsdiplomatin Linda Thomas-Greenfield als UN-Botschafterin, die frühere stellvertretende CIA-Direktorin Avril Haines als Chefkoordinatorin der Geheimdienste, Alejandro Mayorkas als Minister für Heimatschutz und John Kerry, der in Obamas zweiter Amtszeit Außenminister war, als Sonderbeauftragten für Klimaschutz vor. Diesen Posten will Biden neu schaffen und damit ein weiteres Zeichen gegen seinen Vorgänger setzen.